



Finanzministerium
Landesrechnungshof

Pressemitteilung

FM
LRH

Finanzministerin und Rechnungshof-Präsident stellen ersten Benchmark-Report vor

Datum:
31.01.05
Nummer:
08/05

Die Mehrausgaben im Landeshaushalt gegenüber den finanzschwachen westdeutschen Flächenländern betragen rund 2,25 Mrd. Euro. Davon entfällt etwa die Hälfte auf Zahlungen an den kommunalen Sektor. Und sowohl das Land als auch die Kommunen beschäftigen jeweils 23 Prozent mehr Personal als die Vergleichsländer.

Das sind die zwei der gewichtigsten Erkenntnisse aus dem ersten Benchmark-Report für Mecklenburg-Vorpommern, den Finanzministerin Sigrid Keler und der Präsident des Landesrechnungshofes Dr. Tilmann Schweisfurth heute der Öffentlichkeit vorgestellt haben. Der Landesrechnungshof und das Finanzministerium hatten gemeinsam das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle (Saale) und den Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Helmuth Seitz (TU-Dresden) mit dem Gutachten beauftragt.

„Unser gemeinsames Ziel war es, eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte zu erhalten“, so Dr. Schweisfurth. Dabei ist es kein Geheimnis, dass die gegenwärtig schon angespannte Haushaltssituation sich durch die bevorstehende Rückführung der Solidarpaktmittel und die sich abzeichnende demographische Entwicklung weiter verschärfen wird.

Finanzministerin Keler: „Finanzielle Einschnitte sind unumgänglich. Die Landesregierung hat die Lösung des zentralen Problems – nämlich die überhöhten Personalausgaben – bereits in Angriff genommen. Mit dem Personalkonzept, das wir am Freitag verabschiedet haben, werden rund 10 000 Stellen allein in der Landesverwaltung abgebaut. Die Personalausstattung der Verwaltung wird aufgabenbezogen neu geordnet. Das Personalkonzept ist Bestandteil einer grundlegenden Strukturreform der Verwaltung der Landes- und der Kommunal-Ebene. Die Vorbereitungen für die Funktionalreform, mit der die Aufgaben zwischen Land und Kommunen neu verteilt werden, sind bereits weit fortgeschritten.

Schloßstraße 9 –11
19053 Schwerin

Telefon: (0385) 588-40 03
Fax: (0385) 588-45 82
www.fm.mv-regierung.de
fm-presse@fm.mv-regierung.de

V.i.S.d.P. Julius Geise

Die Organisations-Struktur der Landesverwaltung wird im Laufe dieses Jahres grundlegend reformiert. Überdies hat die Landesregierung einen durchgreifenden Deregulierungs-Prozess begonnen, dessen erste Ergebnisse bereits vorliegen.“

Ebenso wie das Personalkonzept der Landesregierung ist auch das hier vorgestellte Gutachten von einem „Benchmarking-Ansatz“ geprägt. Dabei werden auf Basis von Vergleichsdaten der öffentlichen Statistik des Jahres 2003 signifikante Abweichungen der öffentlichen Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern von den Haushalten der Referenzländer analysiert. Gleichzeitig wird so der bestehende Handlungsdruck transparent gemacht.

Als Benchmark, also als Vergleichsmaßstab, diente der einwohnerbezogene Durchschnitt der finanzschwachen westdeutschen Flächenländer (FFW), bestehend aus den Ländern Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein. Diese Länder stehen als Referenz für das künftige Einnahmenniveau von Mecklenburg-Vorpommern, nach Auslaufen des Solidarpaktes im Jahr 2020. Damit liefern diese Länder auch den Rahmen der langfristig finanzierbaren Ausgaben im Land.

Als zweite Benchmark aus der Gruppe der neuen Länder wurde der Freistaat Sachsen herangezogen. Grund für diese Wahl sind die deutlich positiveren finanzwirtschaftlichen Eckwerte Sachsens, das 2003 als einziges neues Land die vollständige zweckgerechte Verwendung der Solidarpaktmittel nachweisen konnte.

Die wesentlichen Feststellungen sind:

1. Einnahmen

Das Land und seine Kommunen haben derzeit eine Finanzausstattung je Einwohner, die noch fast 25% über den Einnahmen der FFW liegt.

Die Einnahmen auf der Landesebene sind in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2003 – hochgerechnet auf die Bevölkerung des Landes – im Vergleich zu den FFW um 1,9 Mrd. Euro höher. Der größte Teil der Mehreinnahmen des Landes entfällt auf Leistungen des Bundes im Rahmen des Solidarpaktes.

Die Kommunen des Landes Mecklenburg-Vorpommern verfügen über Einnahmen, die im Jahr 2003 rund 600 Mio. Euro über dem Vergleichswert der Kommunen in den FFW liegen.

Diese Einnahmenvorsprünge werden sich bis zum Ende des Solidarpaktes 2020 vollständig abbauen.

Einnahmerückgänge werden nicht nur durch die Abschmelzung der Transfers für den Aufbau Ost verursacht, sondern auch durch die Bevölkerungsverluste.

„Selbst bei einer als optimistisch anzusehenden durchschnittlichen Wachstumsrate des realen BIP von 1,5% sinken die Einnahmen des Landes bis 2020 im Ergebnis dieser Studie um real 16% gegenüber 2003“, verweist der Präsident des Landesrechnungshofes auf die klar vorhersehbare Entwicklung.

Die Pro-Kopf-Einnahmen von Land und Gemeinden werden bis 2020 von derzeit 124% auf dann 98% der Pro-Kopf-Einnahmen der FFW fallen.

Finanzministerin Sigrid Keler: „Diese Entwicklung der Einnahmen, ist uns bereits seit längerem bekannt. Deshalb müssen die Ausgaben schrittweise, aber spürbar auf das Niveau der Einnahmen zurückgeführt werden. Land und Kommunen müssen gemeinsam jetzt die notwendigen Weichenstellungen vornehmen, um künftig handlungsfähig zu bleiben.“

2. Ausgaben

Die Gesamtausgaben je Einwohner im Landeshaushalt liegen rund 46% über den entsprechenden Ausgaben der FFW. Damit übersteigen sie - hochgerechnet auf die Bevölkerungszahl - das Niveau der Westvergleichsländer um rund 2,25 Mrd. Euro (2003). Mit 1,1 Mrd. Euro entfallen etwa 50% der Mehrausgaben auf Zahlungen an den kommunalen Sektor.

Die Ausgaben für aktive Landesbedienstete liegen rd. 370 Mio. Euro über den westdeutschen Referenzländern. Die Zinsausgaben auf der Landesebene liegen zwar gegenwärtig in etwa auf dem Niveau der FFW, aber mit 272 Euro je Einwohner doppelt so hoch wie im Freistaat Sachsen. Schon der Bevölkerungsrückgang allein wird die Pro-Kopf-Schulden und die Zinslast je Einwohner weiter nach oben treiben.

Auf der kommunalen Ebene lagen die bereinigten Gesamtausgaben in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2003 - hochgerechnet auf die Bevölkerungszahl - 430 Mio. Euro über den FFW.

Dazu der Präsident des Landesrechnungshofes Dr. Schweisfurth: „Bestehende Effizienzpotenziale sind nach den vorliegenden Ergebnissen augenfällig. Unsere Kommunen leisten sich für Personal und laufenden Sachaufwand - hochgerechnet auf die Bevölkerungszahl - über 180 Mio. Euro mehr als die finanzschwachen Flächenländer West und sogar 240 Mio. Euro mehr als die sächsischen Kommunen.“

3. Die Entwicklung der Investitionsaktivitäten

Bei den Investitionen tätigt das Land Mehrausgaben gegenüber den FFW von 970 Mio. Euro. Bei den Kommunen fallen Mehrausgaben bei den Investitionen in Höhe von 270 Mio. Euro an. Die investiven Ausgaben des Landes und der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern haben sich aber in Relation zu den FFW deutlich reduziert und liegen nur noch rund 100% über dem Vergleichswert, nachdem der Abstand in der Mitte der 90er Jahre noch mehr als 150% betrug.

Das Land hat – wie die anderen ostdeutschen Länder – im vergangenen Jahr weniger "eigene" Mittel und Mittel aus den Solidarpaktleistungen (SoBEZ) in die Investitionsfinanzierung gelenkt.

Sigrid Keler: „Land und Kommunen müssen also die vorhandenen Ausgabeüberhänge in der laufenden Rechnung abbauen, um den Nachweis der bestimmungsgemäßen Verwendung der Solidarpaktmittel schrittweise zu verbessern.“

4. Entwicklung der Personalbestände

Mehr als 1/3 der laufenden Ausgaben auf der Landes- und auf der Gemeindeebene sind direkte Personalausgaben. Die Personalausgaben bzw. die Personalbestände in den öffentlichen Haushalten Mecklenburg-Vorpommerns sind angesichts der festgestellten Mehrausgaben von rund 500 Mio. Euro im Jahr 2003 die zentrale finanzpolitische Stellschraube bei der Rückführung der öffentlichen Ausgaben. Sowohl das Land als auch die Kommunen beschäftigen jeweils 23% mehr Personal als die FFW.

Auf der Landesebene bestand 2003 im Vergleich zu den FFW ein Personalüberhang von 8.500 Bediensteten, die Mehrausgaben beliefen sich auf rund 320 Mio. Euro. Auf der Gemeindeebene beliefen sich die Mehrausgaben auf rund 160 Mio. Euro für 4.600 Bedienstete im Überhang.

Gemessen am Personalbestand von 2003 müssten nach dieser Untersuchung bis zum Jahre 2020 auf der Landes- und Gemeindeebene etwa 35% der Personalbestände abgebaut werden. Das Land muss bis 2020 mehr als 14.700 Stellen abbauen, die Gemeindeebene rund 9.500 Stellen.

Schlussfolgerungen

Die Benchmarking-Studie zeigt, dass Mecklenburg-Vorpommern eine Vielzahl von finanzpolitischen Problemen hat. Diese Probleme teilt das Land mit den meisten anderen ostdeutschen Flächenländern – lediglich Sachsen nimmt hier eine (positive) Sonderrolle ein. Strukturentscheidungen insbesondere aus der ersten Hälfte der 90er Jahre erweisen sich heute als nicht mehr zukunftsfähig.

Das Land und seine Kommunen bilden eine "Konsolidierungsgemeinschaft" mit dem gemeinsamen Ziel, eine nachhaltige Finanzpolitik für die zukünftigen Generationen im Land einzuleiten. Diesem Ziel folgend, sind auch die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen auf den Prüfstand zu stellen.

Dr. Schweisfurth: „Ausgaben senken, bedeutet Strukturen anpassen. Es wäre der falsche Ansatz, bei allen staatlichen Aufgaben gleichermaßen 20% einsparen zu wollen. Prioritäten und Nachrangbereiche müssen gleichermaßen festgelegt werden. Ziel muss es sein, notwendige Einspareffekte mit hoher Attraktivität des verbleibenden Angebotes zu verknüpfen.“

Sigrid Keler: „Die Analyse bestätigt, was wir schon wussten: Es besteht durchgreifender politischer Handlungsbedarf. Ergebnisse sind jedoch nicht sofort zu erwarten. Das Umsteuern von Haushalts-Strukturen erfordert Zeit und muss gegen starke Interessengruppen durchgesetzt werden. Dieser politischen Herkules-Aufgabe stellen wir uns.“

Der vollständige Text der Studie steht auf der Homepage des Landesrechnungshofes (<http://www.lrh-mv.de/>) bzw. des Finanzministeriums (<http://www.fm.mv-regierung.de/>) zum Download bereit.